

Zeitschrift: Schweizer Schule
Band: 71 (1984)
Heft: 5

Rubrik: Umschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Umschau

Franzosen demonstrierten mit Erfolg gegen neues Schulgesetz – Regierung lenkte ein

Zwischen 500 000 und einer Million Menschen, unter ihnen führende Vertreter der katholischen Kirche und der bürgerlichen und rechten Opposition, haben in Versailles gegen die von der französischen Regierung vorgesehenen Änderungen im Bereich der privaten Schulen protestiert. Es war die grösste und letzte einer Reihe ähnlicher Veranstaltungen, auf denen in den letzten Monaten nach Angaben der Organisatoren insgesamt knapp zwei Millionen Eltern und Lehrer Front gegen die geplante teilweise Eingliederung der überwiegenden katholischen Privatschulen in das staatliche Erziehungssystem gemacht hatten.

Der mit grossem publizistischem Aufwand vorbereitete Aufmarsch in Versailles fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem jetzt nach 33monatigen Verhandlungen erste Anzeichen eines Kompromisses zwischen den Plänen der Regierung und den Vorstellungen der katholischen Schulvertreter sichtbar wurden. Sozialistenchef Lionel Jospin hat ein Einlenken seiner stark von Lehrern des öffentlichen Dienstes geprägten Partei erkennen lassen. Ein einheitliches staatliches Schulsystem war vor vier Jahren einer der zentralen Punkte im Wahlkampf der Linken gewesen. Auch bei der Demonstration in Versailles wurde eine gewisse Bereitschaft zur Beilegung des Streites deutlich.

Die Opposition hat den ursprünglich reinen Elternprotest gegen den Abbau des schulischen Pluralismus als Angriff auf die Grundfreiheiten politisch genutzt. Gaullisten-Chef Jacques Chirac warf dem Staat vor, «die Köpfe unserer Kinder in Beschlag nehmen zu wollen». Von den zwölf Millionen französischen Schülern geht jeder sechste auf eine der 10 000 katholischen Privatschulen mit 120 000 Lehrern. Sie haben oft einen besseren Ruf als die durch viele Reformen verunsicherten und mit der Gastarbeiter-Problematik belasteten öffentlichen Schulen. Die privaten Schulen werden überwiegend durch den Staat finanziert, der die Bezahlung der Lehrer wie auch die Sachkosten übernimmt.

Die französische Regierung hat sich nun für einen Kompromiss zwischen den privaten und den staatlichen Schulen entschieden.

Das Gesetzesprojekt soll in seiner endgültigen Form voraussichtlich Mitte April dem Parlament zugeleitet werden.

Aus dem am 16. März vorgelegten Gesetzestext geht hervor, dass die Eltern auch in Zukunft die Wahl zwischen einer privaten Schule und einer öffentlichen Schule haben werden. Ausserdem soll am Status der Privatschulen nichts geändert werden. Für die Privatschulen sollen bei der Vergabe von staatlichen Mitteln in Zukunft die gleichen Kriterien wie für die öffentlichen Schulen gelten.

Verbleib der Kreuze in den öffentlichen Gebäuden Polens?

Mit einer scharfen Warnung an die polnischen Behörden hat der polnische Bischofsrat auf die Ankündigung von Regierungschef Jerzy Urban reagiert, dass die polnische Regierung die Kreuze aus allen öffentlichen Gebäuden entfernen und die Laisierung der Schulen durchsetzen will.

In der Erklärung unterstreichen die polnischen Bischöfe, die sich in Warschau versammelt hatten, dass die Kirche niemals zu einem Kompromiss über das «Problem der Kreuze» bereit sein werde und fordern die Respektierung der Rechte der Katholiken und die Rückkehr der Kreuze in die öffentlichen Gebäude. Ausserdem richtete der Bischofsrat eine Solidaritätsbotschaft an die Jugendlichen in Garwolin und Mietno, die wegen des Entfernens der Kreuze aus ihren Schulen protestieren. Bisher hatte lediglich Weihbischof Franciszek Musiel von Czesochowa/Tschenstochau seine Unterstützung für diese Protestaktion zum Ausdruck gebracht, während der Sekretär der polnischen Bischofskonferenz, Titularerzbischof Bronislaw Dabrowski, und der für Garwolin zuständige Bischof von Siedlce, Jan Mazur, zugunsten der Jugendlichen bei den regionalen Behörden intervenierten.

Unterdessen ist Pfarrer Stanislaw Bienko von Garwolin von der Polizei verhört worden, weil er das Läuten aller Kirchenglocken während der Protestaktion der Schüler und Studenten veranlasst hatte.

Zu den vom polnischen Bischofsrat behandelten Themen soll auch die Versetzung des Kaplans von Ursus, Miocyslaw Nowak, durch den Primas gehört haben. Dem Vernehmen nach soll Kardinal Glomp jedoch nicht bereit sein, seine Entscheidung zurückzunehmen, wie es neun hungerstreikende Personen in der Kirche von Ursus forderten.